

Die Zeit drängt. G8-Staaten in der Verantwortung

Broschüre 16-51

Sie trifft sich an exklusiven Orten vor den Augen der Weltöffentlichkeit und ist doch hart abgeschirmt. Einmal im Jahr findet sie statt, die pompöse, elitäre und irgendwie ungreifbare Versammlung der RegierungschefInnen reicher Länder mit dem Namen G8. Als informelles, aber einflussreiches Abstimmungs- und Diskussionstreffen schillert sie zwischen internationaler Organisation, Wirtschaftskonferenz und „Club der Reichen“. 2007 hat Deutschland als Gastgeber nach Heiligendamm eingeladen, in die neue Luxushotelanlage an der Ostsee.

Seit langem belegen Umwelt-, Gewerkschafts- und Entwicklungsgruppen die G8 mit scharfer Kritik. Es stellt sich einfach die Frage, ob der „Club der Reichen“ mit seinem begrenzten Mitgliederkreis noch in die Welt von heute passt. Ist das der richtige Ort, um globale Fragen wie Klimawandel und Armut zu diskutieren, wenn ganze Kontinente nicht am Tisch sitzen? Vom Standpunkt globaler Gerechtigkeit und repräsentativer Teilhabe scheint die Antwort klar. Solche Weichenstellungen gehören besser unter das Dach der UNO. Wir teilen die Kritik an der fehlenden Legitimität der G8. Der Bundesregierung werfen wir vor, die Debatte über die Rolle der G8, über ihre längst fällige Transformation und eine Stärkung der Vereinten Nationen zu vernachlässigen. Dieses Versäumnis ist eigentlich unverständlich, denn es liegen hoch interessante und zukunftsweisende Vorschläge auf dem Tisch. Eine noch von Kofi Annan eingesetzte hochrangige Expertenkommission hat zum Beispiel im Jahr 2006 detaillierte Pläne für eine kräftige Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC) vorgelegt. Es gibt also durchaus mögliche Alternativen zum exklusiven Zirkel der G8.

Aber die Zeit drängt und die UNO ist noch schwach. Globale Umweltprobleme und das Massenelend der Welt warten nicht, bis die schwerfällige und immer wieder stockende UN-Reform endlich zu einem befriedigenden Resultat kommt. Besser heute als morgen bräuchten wir eine schlagkräftige UN-Umweltorganisation und ein wirksames UN-Gremium zur Koordination globaler Wirtschafts- und Sozialpolitik. Doch noch stehen die G8 im Zentrum der globalen Machtstruktur. Sie haben die Chance, dem Klimawandel wirksam entgegenzutreten, sie haben das politische und finanzielle Potenzial, die Umsetzung der entwicklungspolitischen Millenniumsziele ernsthaft anzugehen und globalen Risiken koordiniert zu begegnen. Ihre Absprachen und Entscheidungen sind informell. Aber sie wirken sich auf das Leben von Millionen Menschen aus. Deshalb bleibt es ohne Alternative, konkrete Forderungen an die G8-Staaten zu stellen.

Wir tun das eine, ohne das andere zu lassen: Wir streiten für bessere Institutionen und Strukturen, als die G8 es sind, und machen uns stark für eine Aufwertung der Vereinten Nationen. Zugleich konfrontieren wir die G8-Staaten aber auch mit unseren inhaltlichen politischen Forderungen. Ob diese acht Staats- und RegierungschefInnen globale Krisen ignorieren, sie gar verschärfen oder ob sie endlich Beiträge zu ihrer Bewältigung leisten, das ist nun einmal von größter Relevanz.

G8 – zu klein für diese Welt!

Unter dem Eindruck der ersten großen Ölkrise traten vor gut 30 Jahren auf Schloss Rambouillet bei Paris sechs Staaten zum ersten Weltwirtschaftsgipfel zusammen. Damals ahnte wohl kaum jemand, dass aus diesen Kamin-Gesprächen über Währungs- und Finanzfragen eine permanente Kooperation werden würde.

Jenseits parlamentarischer Beteiligung – allein auf Minister- und Regierungsebene – treffen die mittlerweile acht Staaten heute Entscheidungen mit weitreichenden internationalen Auswirkungen.

Nicht transparent und nicht repräsentativ

Der Gruppe der Acht gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA an. Der Vorsitz wechselt jährlich. Die G8-Länder vereinigen etwa 50 Prozent des Welthandels auf sich – aber nur ein Fünftel der Weltbevölkerung.

Regierungen aus aufstrebenden Ländern wie China, Indien oder Brasilien werden neuerdings zwar eingeladen, an manchen Diskussionsrunden der G8 teilzunehmen, aber ein wirkliches Mitspracherecht haben sie nicht. Warum sollten sich also Schwellen- und erst recht Entwicklungsländer die Vorschläge und Programme der G8 zu Eigen machen?

Erst vor zwei Jahren ist China als weltweit drittgrößter Warenexporteur an die Stelle Japans getreten. 2010 wird das Land voraussichtlich die Nummer Eins des Welthandels sein. Der Anteil Chinas und Indiens an der Wirtschaftsleistung der Welt ist innerhalb der letzten zehn Jahre erheblich gewachsen.

Allein das zeigt: Ohne Integration der Schwellenländer in globale Absprachen läuft künftig gar nichts mehr. Die weltweiten Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte müssen effektiver und kooperativer reguliert werden. Dann können alle Beteiligten vom zunehmenden Welthandel profitieren.

G13, G20 oder doch die UNO?

Die Debatte über eine Transformation der G8 ist im Gange. Ein Vorschlag von Tony Blair zielt zum Beispiel auf eine G13, also eine Erweiterung der Gruppe um Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika. Auch von einer G20 hat man schon gehört. Ideen und Diskussionsansätze gibt es also, aber um konkrete Pläne zu einer wirklichen Reform der G8 machen alle Beteiligten bislang einen großen Bogen.

Zukunftsweisender wäre es ohnehin, die Reform der Vereinten Nationen voranzubringen, damit sich die beteiligten Länder auch in bisher ausgeklammerten wirtschaftlichen und sozialen Belangen abstimmen. Die eingangs erwähnten Vorschläge zur Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen (ECOSOC) verdienen es, ernsthaft geprüft zu werden. Sie sehen ein Governance-Forum von Staats- und RegierungschefInnen vor, das sich nach einem regionalen Verteilungsschlüssel der Vereinten Nationen im Rotationsverfahren aus 27 der 54 ECOSOC-Mitglieder zusammensetzt. Es soll eine Koordinierungs- und Führungsrolle in Fragen der Wirtschaft, der Entwicklung und bei globalen öffentlichen Gütern übernehmen. Dadurch würden die UNO deutlicher gestärkt und auch Entwicklungsländer einbezogen.

Klima und biologische Vielfalt schützen

Im Herbst 2006 machte der Bericht des britischen Ökonomen Sir Nicholas Stern die gravierenden wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels auch den letzten Zweiflerinnen und Zweiflern klar. 2007 folgten die Klimaberichte der UNO. Nun liegen die Fakten unmissverständlich auf dem Tisch. Die Gefahren für die menschliche Gesundheit, die Landwirtschaft, große Städte und die wirtschaftliche Entwicklung weltweit sind absehbar. Die Hauptlast des Klimawandels tragen dabei nicht die reichen Verursacher und Verursacherinnen, sondern zuerst die Armen des Südens. Je ärmer und schwächer, desto geringer ihre Möglichkeiten, sich an den Klimawandel anzupassen und davor zu schützen. Die Zeit des Zauderns und Zweifels muss nun ein Ende haben. Auch die G8 sind gefordert. Mit einer ambitionierten Initiative zum Klimaschutz müssen sie zeigen, dass sie umsteuern und Verantwortung übernehmen.

Im Vorfeld des Gipfels in Heiligendamm tagten die G8-Umweltminister und -ministerinnen – erstmals gemeinsam mit den MinisterInnen der fünf Schwellenländer. Man war sich einig, dass die Treibhausgasemissionen deutlich gesenkt werden müssten.

Ein Anfang, doch nur wenn die Industriestaaten wirklich mit gutem Beispiel vorangehen, können sie auch Länder wie China, Indien und Brasilien für stärkere Anstrengungen im Klimaschutz gewinnen.

Verbindliche CO₂-Minderungen

Alle G8-Staaten – auch die USA – müssen zu verbindlichen CO₂-Minderungen bereit sein. Andernfalls werden Schwellenländer wie China und Indien sich wohl kaum auf ernsthafte Verhandlungen über ihren Beitrag zur Schadstoffreduzierung einlassen. Für Deutschland heißt es hier, „leadership“ zu demonstrieren. Eine Selbstverpflichtung, die deutschen Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020 und mindestens 80 Prozent bis 2050 zu verringern, sollte auch die Partnerländer in Zugzwang bringen. Innerhalb der EU muss ein verbindliches CO₂-Minderungsziel von mindestens 30 Prozent für die Zeit von 2012 bis 2020 festgelegt werden.

Das bescheidene CO₂-Reduktionsziel der EU von 20 Prozent während der deutschen EU Präsidentschaft war in dieser Hinsicht ein Signal der Mutlosigkeit. Denn wenn man die bisher erreichten Fortschritte und den CO₂-Rückgang durch den Wirtschaftsumbruch in Osteuropa einrechnet, sind drei Viertel des verkündeten Ziels schon erreicht. Bis 2020 traut sich die EU also gerade einmal fünf Prozent an zusätzlichen CO₂-Einsparungen zu. Dabei sind zum Beispiel durch die Beseitigung einer EU-weiten Steuerfreiheit des Kerosins im Flugverkehr leicht deutlichere Reduzierungen zu erzielen. Wenn die Industriestaaten als größte Emittenten selbst so zögerlich ans Werk gehen, werden sie die aufstrebenden Schwellenländer nicht mit ins Boot holen können.

Die G8 müssen sich ohne Wenn und Aber verpflichten, ihren CO₂-Ausstoß bis 2020 um 30 Prozent zu senken.

Erneuerbare Energien fördern

Ernsthafte Anstrengungen für eine globale Energiewende erfordern vor allem einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien. Wir müssen „weg vom Öl“ und unsere Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen verringern. Die anhaltende Instabilität in Regionen mit hohen Ölvorkommen, vor allem aber die Klimaunverträglichkeit fossiler Energieträger unterstreichen die Notwendigkeit zum Handeln.

Im Jahr 2005 erzeugte die Konferenz zu erneuerbaren Energien in Bonn eine spürbare Aufbruchstimmung. Die G8 sollten durch eigene ambitionierte Ziele dazu beitragen, bis zum Jahr 2015 mindestens eine Milliarde Menschen mit Energie aus erneuerbaren Quellen zu versorgen.

Zu diesem Zweck müssen die internationalen Förderinstrumente für erneuerbare Energien massiv aufgestockt werden. Ein globales Investitionsprogramm wäre nicht nur ein wichtiger Schritt für den Klimaschutz, sondern auch ein Jobmotor für die exportstarke deutsche Solar- und Windenergiebranche. Außerdem drängen wir darauf, dass die G8-Staaten ihren Einfluss in der Weltbank und den regionalen Entwicklungsbanken nutzen, um den Ausbau von Energieeffizienzprogrammen und erneuerbaren Energien voran zu bringen.

Die drei E's

Der Einsatz erneuerbarer Energien, eine bessere Energieeffizienz und die Einsparung von Energie – die drei E's sind für eine klimafreundliche Energiewende die entscheidenden Faktoren. Effiziente Technologien, Fahrzeuge und Häuser, die weniger verbrauchen, ein notwendiger „grüner Innovationszyklus“ – der Schlüssel dazu ist nachhaltige Energienutzung. Von den G8-Staaten erwarten wir Initiativen, die für KonsumentInnen als auch für Unternehmen Anreize schaffen, sich klimafreundlicher zu verhalten. Dazu brauchen wir bessere Grenzwerte und Produktstandards, besonders bei Abgaswerten für Autos und dem Energieverbrauch von Konsumgütern. Angesichts weltweiter Produktionsketten würden sich verbesserte Standards in den Industrieländern überall auf der Welt positiv auswirken.

Fatal wäre es, im Ausbau der Atomkraft einen Ausweg aus der Klimaproblematik und eine Lösung unserer Energieprobleme zu suchen. Sie schafft nur neue unkalkulierbare Risiken. Die Gefahr eines Supergaus lässt sich nicht bannen. Die Entsorgungsfrage für den strahlenden Atom Müll ist ebenfalls nach wie vor völlig ungelöst und überdies ist Uran selbst eine begrenzte Ressource.

Ohne Schwellenländer geht nichts

Schwellenländer wie China und Indien holen beim Ausstoß von klimaschädlichen Emissionen im negativen Sinne auf. Mit ihnen über ein umweltverträgliches Energiesystem zu diskutieren, ist unerlässlich. Allerdings ist eine nachhaltige Entwicklung ohne einen „technologischen Sprung“ (leapfrogging) – gerade auch in den großen Entwicklungsländern – schwer vorstellbar. Andernfalls würden die ohnehin unzureichenden Klimaschutzbemühungen der OECD-Länder wieder neutralisiert. Die ansteigenden Kosten des Klimawandels würden dann die Chancen auf erfolgreiche Armutsbekämpfung in den wirtschaftlich ärmsten Ländern erheblich senken.

Es liegt im ureigenen Interesse der alten Industriestaaten, ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden und die neuen Industrienationen bei der Bewältigung dieses Entwicklungssprungs zu unterstützen.

2012, also in fünf Jahren, läuft das Kyoto-Protokoll aus. Zur Vorbereitung einer wirksamen internationalen Vereinbarung für die Zeit danach müssen heute die Weichen gestellt werden. Das wird nur Erfolg haben, wenn neben den wichtigen Industrieländern auch die Schwellenländer frühzeitig in den Verhandlungsprozess einbezogen werden.

Die Mitglieder der G8-Staaten spielen eine Schlüsselrolle, denn sie haben das Problem des Klimawandels durch ihre Industriepolitik und ihren Energiehunger geschaffen. Sie sollten diese Verantwortung auf internationaler Ebene vertreten und mit gutem Beispiel voran gehen. Dann können sie erreichen, dass auch die anderen Länder ihre wirtschaftliche Entwicklung verantwortungsbewusst gestalten.

Biodiversität – die Vielfalt des Lebens

Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt sind eng verknüpft mit dem Klima: Einerseits binden Lebensräume wie Wälder, Sümpfe und Korallenriffe enorme Mengen an CO₂ und tragen damit erheblich zur Regulierung des Klimas bei. Umgekehrt wirkt sich das Klima direkt auf die biologische Vielfalt aus. Schätzungen zufolge ist bis 2050 mit dem Verlust von bis zu 30 Prozent der Arten zu rechnen, wenn der Klimawandel im bisherigen Tempo anhält.

Mit der „Potsdam-Initiative zur biologischen Vielfalt 2010“ haben sich die G8-UmweltministerInnen darauf geeinigt, die ökonomischen Auswirkungen des weiteren Verlustes an biologischer Vielfalt untersuchen zu lassen. Auch ein erstes Bündel entsprechender Maßnahmen in den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft, Handel, Finanzierung und Schutz der Weltmeere wurde verabschiedet.

Was wir jetzt allerdings brauchen, sind konkrete Beschlüsse und die rasche Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität. Es liegen genug Zahlen zum Ausmaß des Artensterbens vor. Laut der Weltnaturschutzunion IUCN betrifft es täglich weltweit etwa 160 Arten, bis zu 24 Prozent aller Schmetterlinge, Vögel und Säugetiere sind nach Angaben der Europäischen Kommission bereits ausgestorben.

Auf dem EU-Gipfel in Göteborg 2001 hatten sich die Mitgliedsstaaten daher verpflichtet, weitere Verluste bis zum Jahr 2010 zu stoppen. Es gibt internationale, europäische und nationale Aktionspläne. Allein um alle beschlossenen Maßnahmen dieser Strategien zu verwirklichen, müsste bis 2010 alle zehn Tage eine neue Maßnahme umgesetzt werden. Doch genau daran hapert es. Ein spezielles Monitoring muss her, damit die Aktionsprogramme zur Biodiversität Realität werden.

Deutschland ist Gastgeber der Vertragsstaaten-Konferenz der Konvention für biologische Vielfalt 2008. Diese Konferenz muss international den Aufbau eines globalen terrestrischen und maritimen Schutzgebietsnetzes voranbringen.

Die Rechte indigener Völker stärken

Die Bewahrung der Biodiversität der Erde hängt eng zusammen mit dem Schutz traditioneller Lebensgemeinschaften und Lebensweisen. Das geistige Eigentum von Entwicklungsländern, KleinbäuerInnen und indigenen Gemeinschaften muss respektiert und Biopiraterie effizient bekämpft werden. Patente auf Kulturpflanzen sind gefährlich, wenn BäuerInnen dadurch in die Abhängigkeit von wenigen multinationalen Unternehmen geraten. Der freie Austausch von Saatgut beispielsweise, der für viele KleinbäuerInnen die Existenzgrundlage darstellt, darf nicht unterbunden werden.

Die G8-Staaten sind aufgefordert, die Rechte indigener Völker durch faire und effektive Regelungen wiederherzustellen und abzusichern. Auch biologische Ressourcen dürfen nicht ohne Information und Einverständnis der UrsprungseignerInnen gesammelt und außer Landes gebracht werden.

Tropenwald – zentral für Klima und Artenvielfalt

Der pflegliche Umgang mit den natürlichen Ressourcen kommt dem Klimaschutz unmittelbar zugute. Der Amazonas, das Kongobecken und die Tropenwälder Südostasiens sind dafür von herausragender Bedeutung. Wie wichtig sie sind, zeigt eine Schätzung der Weltbank. Sie geht davon aus, dass zwischen 20 und 25 Prozent der Treibhausgase durch Tropenwaldzerstörung entstehen.

Auch für den Erhalt der Biodiversität sind die letzten verbliebenen, intakten Wälder immens wichtig. Den illegalen Holzeinschlag, aus dem gut die Hälfte des Holzes weltweit stammt, gilt es zu reduzieren. Die G8-Staaten als wichtige Abnehmer müssen sich darauf verständigen, ein Verbot für den Handel mit Holz und Holzprodukten aus illegalem Einschlag zu beschließen. Der begonnene Dialog mit walddreichen Ländern über illegale Produktionsweisen sollte intensiv weitergeführt werden. Entscheidend wird es sein, Brandrodungen zu verhindern, die eine landwirtschaftliche Nutzung erzwingen sollen.

In den letzten Jahren hat die Produktion von Energiepflanzen zur Herstellung von Biokraftstoffen stark zugenommen. Durch steigende Erdölpreise sind vor allem Entwicklungsländer einem großen wirtschaftlichen Druck ausgesetzt. Der Anbau von Energiepflanzen kann zur Reduzierung der Abhängigkeit von Erdölimporten und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze beitragen. Damit dies nicht zur Zerstörung

der Tropenwälder führt, brauchen wir einen internationalen ordnungspolitischen Rahmen. Produktion und Handel von Biokraftstoffen dürfen nicht zulasten von Mensch und Umwelt gehen. Wir fordern daher eine international anerkannte Zertifizierung mit verbindlichen ökologischen und sozialen Standards.

Finanzierungsinstrumente

Kompensationszahlungen zur Erhaltung der tropischen Wälder ermöglichen mit vergleichbar geringen Kosten große Fortschritte im Klimaschutz. Mit Fortschreibung der Klimaschutzverträge (Kyoto-Plus) sollen finanzielle Anreizsysteme geschaffen werden, die die Bewahrung der Tropenwälder attraktiver machen als deren Zerstörung. Dies wird erheblich dazu beitragen, die Entwicklung dieser Regionen zu fördern. Innovative Ausgleichs- und Finanzierungsinstrumente sind hier gefragt.

So sollten neue Finanzhilfen für die Einrichtung und Erhaltung von Schutzgebieten mit globaler Bedeutung vereinbart werden. Zum Schutz der biologischen Vielfalt – vor allem auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern – sollten ökonomische Anreize gesetzt werden, die die nachhaltige Nutzung der Biodiversität stärken. So kann der Schutz der biologischen Vielfalt einen wichtigen Beitrag zu den Millenniums-Entwicklungszielen leisten, insbesondere zur Halbierung der Armut und zum Umweltschutz.

Leitplanken für den Rohstoffhandel

Zentral für eine gerechte Globalisierung ist die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards im Welt-handel, besonders im Rohstoffsektor als einem der wichtigsten Märkte. Der Abbau und die Förderung von Öl, Holz oder Diamanten finden häufig in ökologisch sensiblen Gebieten statt und oft mit fatalen Folgen für Mensch und Umwelt. Als Hauptabnehmer von Rohstoffen sind die G8-Staaten an einer verlässlichen Versorgung interessiert. Sie stehen aber auch in der Verantwortung, mit ihrer Nachfrage nicht Konflikte zu verschärfen oder die Umwelt zu zerstören. Mit China und Indien treten in Afrika, Zentralasien und Latein-amerika neue Abnehmer auf. Neue Interessenskonstellationen und -konflikte zeichnen sich ab, denen ohne verbindliche Standards Menschenrechte oder Umweltschutz schnell zum Opfer fallen können.

Gute Regierungsführung und Transparenz sind Voraussetzungen dafür, dass die Rohstoffeinnahmen tatsächlich den Menschen in den Produktionsländern nützen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, die Transparenz von Rohstoffeinnahmen zu erhöhen. Die G8 sollten Initiativen für verbindliche soziale und ökologische Standards ergreifen. Deutschland kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen, indem es solche Standards fest in der Außenwirtschaftsförderung, bei Hermesbürgschaften und Investitionsgarantien verankert.

Leben in einer Welt

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich im September 2000 auf acht Millenniums-Entwicklungsziele verständigt. Dazu gehören die Bekämpfung von Armut und Hunger, der Zugang zu Bildung, die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung von HIV/Aids. Die G8 haben diese Ziele in der Vergangenheit zwar unterstützt, geschehen ist aber zu wenig. Besonders die Bekämpfung des Hungers ist sträflich vernachlässigt worden. Die Zahl der chronisch Unterernährten ist in den letzten Jahren sogar gestiegen – besonders in den Ländern südlich der Sahara. Der Ernährungssicherung und der Bekämpfung des Hungers muss ein deutlich größerer Stellenwert zukommen.

Entwicklungsfinanzierung stärken – Millenniumsziele umsetzen

Die Bundesregierung setzt in ihrem Programm einseitig auf Verbesserung der Regierungsführung und auf private ausländische Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern. Damit drückt sie sich um die wichtige Frage, wie die Umsetzung der Entwicklungsziele zu finanzieren ist. Mehr Geld für Entwicklung und notwendige innerstaatliche Reformen in den Entwicklungsländern stehen nicht in Konkurrenz zueinander. Die Versprechen der G8, die Mittel für Afrika zu verdoppeln, die Versprechen der EU, die Gelder zur Entwicklungszusammenarbeit in einem Stufenplan auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts zu erhöhen, dürfen keine leeren Worte bleiben. Die Bundesregierung wie die anderen G8-Staaten sind aufgefordert, die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele ausreichend finanziell abzusichern.

Innovative Finanzierungsinstrumente wie eine Devisenumsatzsteuer, eine Flugticketabgabe oder eine Kerosinsteuer könnten erhebliche zusätzliche Mittel mobilisieren. Damit wären Programme zur Armutsbekämpfung und zum Umwelt- und Ressourcenschutz in den Ländern des Südens finanzierbar.

Ohne Gesundheit keine Entwicklung

In vielen Entwicklungsländern ist die Gesundheitsversorgung beklagenswert schlecht. Die G8-Staaten verfügen über die Mittel, entscheidende Verbesserungen herbeizuführen. Finanzielle Unterstützung wäre eine Möglichkeit, eine andere besteht in Veränderungen des internationalen Handels- und Patentrechts. Hier sind nicht nur die Regierungen, sondern auch die in den G8-Staaten beheimateten Pharmakonzerne gefragt.

Jährlich sterben in Entwicklungsländern Millionen Menschen an den Folgen infektiöser Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und HIV/Aids. Drei Viertel der HIV-Neuinfektionen unter jungen Menschen betreffen in Afrika Frauen, die aus biologischen Gründen, aber auch aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung für die Infektion anfälliger sind.

Der „Feminisierung“ der HIV/ Aids-Epidemie sind dringend wirkungsvolle Maßnahmen entgegenzusetzen, denn Frauen tragen den größten Teil der Folgen: durch Verarmung, erhöhte Arbeitsbelastung und eingeschränkte Zukunftschancen. Deshalb muss die Bekämpfung von HIV/Aids besonders auf die Stärkung von Frauen und Mädchen hinwirken.

Pharmaforschung für alle

Die im Jahr 2005 beschlossenen Vereinbarungen der G8-Länder zielten auf einen universellen Zugang zur Aidsbehandlung. Als Gastgeber 2007 hat Deutschland eine besondere Verantwortung, die G8-Staaten zu entsprechenden Fortschritten zu bewegen, auch über die Zeit des deutschen G8-Vorsitzes hinaus.

Über Jahre hinweg diskutierten die G8 auch ein Pilotprojekt zu staatlichen Abnahmegarantien für privatwirtschaftlich entwickelte Impfstoffe. Auf Finanzierungszusagen konnte man sich allerdings nicht verständigen. So wurde das Projekt nur von einzelnen Ländern außerhalb der G8-Ebene lanciert.

Nicht nur in diesem Fall müssen die G8 auch finanziell Flagge zeigen. Die Unterstützung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) muss ebenfalls aufgestockt werden. Dort klafft nach Angaben von UNAIDS für 2007 immer noch eine Finanzierungslücke von zehn Milliarden US-Dollar. Frankreich und andere Länder haben die Richtung vorgegeben, sie führen die Erlöse einer dafür erhobenen Flugticketabgabe einem globalen Gesundheitsfonds zu. Auch Deutschland muss sich mit signifikanten Beiträgen am globalen Gesundheitsfonds beteiligen.

Gesundheit vor Schutz von Eigentumsrechten stellen

Im Patentschutz fährt die Bundesregierung einen harten Kurs im Sinne kurzfristiger Interessen der WissensbesitzerInnen in den Industrieländern. Vielfach geht das zu Lasten der Entwicklungsländer, denn der Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten sowie die Produktion von Generika wird durch die Regeln des Abkommens zum Schutz geistigen Eigentums (TRIPS) behindert. Hinzu kommt, dass einige G8-Länder nach neuen, weniger transparenten Foren zur Durchsetzung der Patentrechte suchen. So genannte TRIPS-Plus-Regeln sollen auf bilateraler und regionaler Ebene durchgesetzt werden. Die Bundesregierung leistet dem auch in der G8 Vorschub, indem sie den Schutz geistigen Eigentums wesentlich stärker betont als die breite Nutzung des Wissens. Das Menschenrecht auf Gesundheit wird durch das Patentrecht auf Medikamente ersetzt. Pharmamultis wie Novartis versuchen, die HerstellerInnen von Generikaprodukten an der Verbreitung preiswerter Nachahmermedikamente zu hindern. Sie sollten stattdessen besser selbst zur Entwicklung von Medikamenten gegen tödliche tropische Krankheiten wie Malaria oder die Schlafkrankheit beitragen.

Weltweite Stärkung von Gesundheitssystemen

In vielen Entwicklungsländern ist die personelle Ausstattung der Gesundheitssysteme katastrophal. In einigen gibt es nicht einmal eine Fachkraft pro 1.000 Menschen – zehn bis 15 Mal weniger als in europäischen Ländern. Zusätzlich ziehen qualifizierte Kräfte aus Entwicklungs- in Industrieländer. Einige G8-Staaten werben gezielt medizinisches Gesundheitspersonal aus Entwicklungsländern ab und verstärken damit den Mangel an Fachkräften. Diese Praxis muss sofort beendet werden, gefordert sind vielmehr konkrete Beiträge zur Stabilisierung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern.

Afrikas Aufbruch unterstützen

Seit ein paar Jahren gibt es reale Zeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs auf dem afrikanischen Kontinent, die Handelsbedingungen verbessern sich und es ergeben sich neue Investitionsmöglichkeiten. In einem Großteil der afrikanischen Staaten wurden Reformen eingeleitet, die zu besserer wirtschaftlicher Entwicklung führen können.

Doch trotz dieser Fortschritte ist Afrika die einzige Region der Erde, in der die Zahl der Armen insgesamt noch immer steigt. 33 Prozent der Menschen in Afrika südlich der Sahara hungern oder leiden an Unterernährung – mehr als doppelt so viel wie im Schnitt der Entwicklungsländer. Die Kindersterblichkeit ist hier weiterhin auf einem unerträglich hohen Stand. Entsprechend gering ist die Lebenserwartung.

Und doch tut sich auch in Afrika einiges, auch wenn demokratische und ökonomische Fortschritte oftmals von Politik und Medien ignoriert werden.

Mittlerweile setzen sich fast überall starke politische und zivilgesellschaftliche Kräfte für Demokratie, gute Regierungsführung, ökologische und soziale Standards ein. Mit den afrikanischen Partnern, aber auch neuen Akteuren vor Ort wie Indien, China und Brasilien sollte ein offener Dialog über die politische und wirtschaftliche Zukunft des Kontinents ins Leben gerufen werden. Ein solcher Dialog muss die zentralen Fragen zur Sprache bringen: die Förderung nachhaltiger Investitionen, die Transparenz der Einnahmen aus Ressourcen und die Verankerung ökologischer und sozialer Standards.

Für die afrikanischen Staaten sind neue Angebote zur Belebung der Welthandelsrunde, ein verbesserter Marktzugang unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Mindeststandards sowie der Abbau von Agrarsubventionen in den Industrieländern von besonderer Bedeutung.

Zivilgesellschaft macht Fortschritte

In der Wirtschaftspolitik, bei der Korruptionsbekämpfung, in Fragen der Rechtsstaatlichkeit und Konfliktbearbeitung sind die afrikanischen Staaten längst selbst aktiv geworden. Dazu gehören ebenso die Achtung der Menschenrechte und der Schutz der Frauen vor Gewalt wie Maßnahmen zur gewaltlosen Konfliktprävention und zu Konfliktlösungen. Insbesondere geht es hier um den Aufbau und die Stärkung einer afrikanischen Sicherheits- und Friedensarchitektur. Die afrikanische Initiative „Neue Partnerschaft für afrikanische Entwicklung“ (NePAD) bietet ein gutes Forum zur Zusammenarbeit, um diese positiven Entwicklungen zu unterstützen. Die NePAD-Staaten sind ihrerseits gefordert, ihren Reformwillen weiterhin deutlich sichtbar zu machen und die parlamentarische und zivilgesellschaftliche Partizipation zu erweitern.

Globale Risiken verlangen gemeinsames Handeln

Finanzmärkte und Investitionen

Das Leitmotiv der deutschen G8-Präsidentschaft lautet „Wachstum und Verantwortung“. Zur Umsetzung dieser Zielvorgaben wird ein Programm der Liberalisierung von Handel und Kapitalverkehr vorgeschlagen. Dies ist zu einseitig und wird den Herausforderungen, die Globalisierung mit sozialen und ökologischen Leitplanken zu versehen, nicht gerecht.

Zwar macht die Bundesregierung die Investitionsbedingungen weltweit zum Thema. Auf die speziellen Bedingungen von Entwicklungs- und Schwellenländern geht sie dabei leider nicht ein. Doch gerade die bräuchten politische Unterstützung durch die G8. Zum Beispiel wenn es darum geht, kurzfristige Kapitalzu- und -abflüsse zu begrenzen, die die Stabilität ihres Finanzsystems bedrohen.

In Hinblick auf einen verbesserten Investitionsschutz sind nicht nur die Rechte von InvestorInnen zu regeln. Vielmehr müssen sie auch zur Einhaltung international vereinbarter Standards wie der ILO-Kernarbeitsnormen und der OECD-Richtlinien für multinationale Konzerne verpflichtet werden. Nach der Devise: Regeln für Investitionen müssen sich zum Wohle der Menschen auswirken.

Auf den Finanzmärkten haben die Risiken deutlich zugenommen – auch durch aggressive Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds. Enorme Mittelzuflüsse machen diese AkteurInnen zu einer bedeutenden und schwer kalkulierbaren Größe. Sie agieren in immer stärkerem Maße kreditfinanziert und potenzieren so das Risiko einer weltweiten Finanz- und damit Wirtschaftskrise. Die Bundesregierung ist gefordert, sich beim G8-Gipfel für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit, für bessere Kontrolle und mehr Stabilität der internationalen Finanzmärkte einzusetzen.

Mehr Transparenz reicht nicht, es muss über internationale Standards der Fondsregulierung geredet werden.

Auf die Tagesordnung gehört auch die Austrocknung von Steueroasen. Im Zuge der Globalisierung können transnationale Unternehmen ihre Verantwortung für das Gemeinwesen leichter umgehen. Notwendig sind deshalb konsequente Schritte, um legale wie illegale Steuerflucht einzudämmen. Eine international abgestimmte Vereinbarung muss Finanzgeschäfte mit Banken und Fonds verbieten, die in Offshore-Zentren registriert sind und die die Anwendung internationaler Mindeststandards der Finanzaufsicht, der Markttransparenz und der Kooperation zwischen Finanzbehörden verweigern. Hier ist bisher viel zu wenig geschehen, auch weil die NutznießerInnen des internationalen Steuerbetrugs in den Ländern der G8 selbst zu finden sind.

Abrüstungsinitiativen während der Präsidentschaft voranbringen

Die weltweit höchsten Militärausgaben und umfangreichsten Rüstungsarsenale finden sich in den G8-Staaten, auch die wichtigsten Nuklear- und Rüstungsexporte. Das Gros der atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen, der Streubomben, Antipersonenminen und Kleinwaffen wird hier hergestellt, gelagert oder von diesen Staaten exportiert. Für den Abbau der Rüstungspotenziale, die Nichtweiterverbreitung von Waffen jeder Art und eine effektive Politik der zivilen Krisenprävention kommt schon deshalb den G8-Staaten die entscheidende Rolle zu.

Die bisherigen Aktivitäten im Rahmen der G8-Global-Partnerschaft reichen nicht aus, um den Gefahren der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen wirksam zu begegnen. Aktuelle Krisen wie die atomare Bewaffnung Nordkoreas, das Atomprogramm des Iran und das US-indische Atomgeschäft verdeutlichen es: Wir stehen vor einer entscheidenden weltpolitischen Weichenstellung. Ein neuer Rüstungswettlauf droht. Am Ende könnten eine Vielzahl neuer Atomwaffenstaaten und der Kollaps der vertragsgestützten Rüstungskontrolle stehen. Gerade auch in der Weitergabe von Massenvernichtungswaffen an sogenannte nichtstaatliche AkteureInnen liegen enorme Gefahren. Noch ist Nuklearterrorismus nur eine Möglichkeit. Von größter Dringlichkeit ist daher

eine neue, ernsthafte Abrüstungs- und Nichtverbreitungsinitiative, um diese Gefahren für die internationale Stabilität und Sicherheit zu bannen.

Allerdings müssen die Atomwaffenstaaten ihren Verpflichtungen zur nuklearen Abrüstung auch selbst nachkommen. Nur unter dieser Voraussetzung kann man von anderen Staaten den Verzicht auf Atomwaffen verlangen. Hierzu gehören das rasche Inkrafttreten des Atomteststoppvertrages und der überprüfbare Abbau der taktischen Atomwaffenpotenziale Russlands und der USA, inklusive der in Deutschland und Europa stationierten US-Atomwaffen. Dabei muss die Bundesregierung zweierlei deutlich machen: dass sie einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten US-Atomwaffen unterstützt und dass sie bereit ist, aus der aktiven nuklearen Teilhabe baldmöglichst auszusteigen.

Ein schlechtes Beispiel ist der US-indische Deal zur verstärkten Zusammenarbeit in Nuklearfragen und zur Aufhebung der jahrzehntelangen Sanktionen der Nuclear Suppliers Group. Er belohnt nicht nur Indiens nukleare Aufrüstung, sondern ermutigt andere Staaten, dem Beispiel zu folgen. Damit schadet er erheblich den Bemühungen, den Nichtverbreitungsvertrag durchzusetzen. Denn Israel und Pakistan beanspruchen nun ebenfalls die Aufhebung nuklearer Restriktionen. In der nur im Konsens entscheidenden Nuclear Suppliers Group muss Deutschland darauf drängen, dass Indien umfassendere Rüstungskontroll- und Abrüstungsverpflichtungen eingeht. Die Bundesregierung muss hier alle Chancen nutzen und handeln.